LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 12. Dezember 2017

P r o t o k o l l

über die 8. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.12.2017
Sitzungsbeginn:	16:04 Uhr
Sitzungsende:	18:52 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz
Großer, Elke

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)
Brandes, Katrin

Ordentliche Mitglieder

Deitmar, Reinhard	
Eichenlaub, Günter	
Glier, Andreas	
Kanter, Heike	
Münch, Janna	
Resch-Hoppstock, Sabine	anwesend ab 16.18 Uhr
Stoppok, Arnfred	
Wagner-Judith, Christiane	
Wolfrum, Manfred Dr.	

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Försterling, Björn	abwesend ab 17.50 Uhr

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Behrens-Schröter, Petra	Vertreterin Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände	abwesend ab 18.00 Uhr
Harmel, Ralf	Vorsitzender örtliche Pflegekonferenz	
Meyer, Hans-Andreas	Kreisseniorenbeauftragter	

Von der Verwaltung

Steinbrügge, Christiana	Landrätin	abwesend ab 17.20 Uhr
Bender, Sylvia	Leiterin Amt für Arbeit und Soziales	
Dr. von Nicolai, Dorothea	Leiterin Gesundheitsamt	
Dr. Reller, Brigitta	Kinder- und jugendärztlicher Dienst	abwesend ab 17.15 Uhr
Fricke, Kathrin	Referat 01 Steuerung und Öffentlichkeitsarbeit	abwesend ab 17.20 Uhr
Kattenstroth, Jürgen	Leiter Abt. 531	
Knaubert-Lang, Jacqueline	Leiterin Fachberatung Politik, Gesellschaft, Netzwerk- Projekte, u.a.	abwesend ab 18.16 Uhr
Lehmann, Rüdiger	Leiter Amt für Ordnung und Verbraucherschutz	
Pinkert, Claudia	Koordinatorin Migration und Teilhabe	abwesend ab 18.16 Uhr
Vogel, Thomas	Geschäftsführer jobcenter Wolfenbüttel	anwesend ab 16.55 Uhr
Walter, Sabine	Leiterin Jugendamt	abwesend ab 17.20 Uhr
Heintzen, Tanja	Protokollführerin	
Burfeind, Lisa	Pressesprecherin	

Es fehlen:

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin	Dezernentin III
Löb, Susanne	Gleichstellungsbeauftragte
Wollschläger, Gudrun	Leiterin Referat für Schule und Sport

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 7. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration vom 19.10.2017 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)

5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

6. Bericht zur Flüchtlingssituation im Landkreis Wolfenbüttel

7. Ergänzende präventive Untersuchungsangebote in ausgewählten Kindergärten - Bericht des kinder- und jugendärztlichen Dienstes-

8. Integrations- und Teilhabekonzept im Landkreis Wolfenbüttel -wurde bereits übersandt-
Vorlage: XVIII-0236/2017

9. Neuausrichtung der freiwilligen Förderung an die Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH. (wird nachgereicht)
Vorlage: XVIII-0244/2017

10. Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der freiwilligen Förderung an Träger der freien Wohlfahrtspflege und sonstige Institutionen
Vorlage: XVIII-0230/2017/5

11. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr -wurde bereits übersandt-
Vorlage: XVIII-0230/2017

11.1. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018 - Teilhaushalt Arbeit und Soziales (50) sowie Gesundheit (53)
Vorlage: XVIII-0230/2017/3

12. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

13. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer eröffnet um 16:04 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 7. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration vom 19.10.2017 (§§ 23, 5d GO)

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 7. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration vom 19.10.2017 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

Anfragen aus dem Kreis der Einwohnerinnen und Einwohner liegen nicht vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Frau KAbg. Judith-Wagner trägt die Anfrage von Herrn KAbg. Barkhau hinsichtlich der räumlichen und datenschutzrechtlichen Umstände bei der Abteilung für Ausländerangelegneheiten vor. Die Anfrage ist als Anlage 1 dem Protokoll beigefügt.

Herr Lehmann in Funktion des Amtsleiters der Abteilung als auch in der Funktion des Datenschutzbeauftragten des Landkreises Wolfenbüttel nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Allgemeines:

Im Gebäude „Lange Straße 26“ ist im Obergeschoss neben der Ausländerbehörde der Abteilung 321 auch der Leistungsbereich nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) der Abteilung 502 untergebracht.

Die Ausländerbehörde und der Leistungsbereich AsylbLG haben einen gemeinsamen Info-Point als zentrale Anlaufstelle für das Publikum eingerichtet. Dort werden die Anliegen der Kundinnen und Kunden entgegengenommen, einfache bzw. nicht zeitaufwendige Sachverhalte direkt geklärt und – soweit erforderlich – Termine für Gespräche mit den zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern vergeben.

Darüber hinaus sitzen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Ausländerbehörde ausschließlich in Doppelbüros. Das ist aber kein Einzelfall in der Landkreisverwaltung, da Doppelbüros auch in anderen publikumsintensiven Organisationseinheiten vorzufinden sind.

Zu Frage 1:

Es war tatsächlich so, dass das Publikum im Info-Point teilweise parallel bedient wurde, und zwar auf der einen Seite von einer Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter der Ausländerbehörde und auf der anderen Seite von einer Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter des Leistungsbereiches AsylbLG.

Allerdings wurde grundsätzlich darauf geachtet, dass Gespräche, in denen sensible Daten genannt werden, nicht zeitgleich geführt werden. Am Info-Point herrscht zeitweise starker Publikumsdruck,

sodass die bisherige Verfahrensweise insbesondere zur Eingrenzung von Wartezeiten beim Publikum praktiziert wurde.

Zu Frage 2:

Klares „Ja“, zu dem in der Anfrage geschilderten Sachverhalt.

Nach Auffassung des behördlichen Datenschutzbeauftragten sind Doppelbüros aber an sich datenschutzrechtlich nicht zu beanstanden, sofern sichergestellt ist, dass jeweils nur an einem Arbeitsplatz eine Abwicklung von Publikumsverkehr erfolgt (und nicht an beiden Arbeitsplätzen gleichzeitig). Das bedeutet, wenn sich Publikum für eine Sachbearbeiterin bzw. einen Sachbearbeiter in einem Doppelbüro befindet, kann die zweite Sachbearbeiterin bzw. der zweite Sachbearbeiter nicht gleichzeitig Publikum abfertigen. Insoweit kann es natürlich zu Verzögerungen bei der „Abarbeitung“ des Publikumsverkehres kommen. Das muss aus datenschutzrechtlichen Gründen aber in Kauf genommen werden.

Ausdrücklich wird aber auch darauf hingewiesen, dass Doppelbüros den Vorteil bieten, dass gerade in sensiblen Bereichen, wie beispielsweise der Ausländerbehörde oder dem Bereich AsylbLG, jeweils bei Gesprächen immer eine Sachbearbeiterin bzw. ein Sachbearbeiter als Zeugin bzw. Zeuge vorhanden ist, wenn es im Nachhinein um Zweifel bei Angaben der Antragstellerinnen und Antragsteller geht. Auch darf der Sicherheitsaspekt für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in Doppelbüros nicht unterschätzt werden (Stichwort: „Übergriffe von Publikum“).

Zu Frage 3:

Als Sofortmaßnahme wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen, das Publikum nur noch einzeln hereinzurufen und zu bedienen sowie darauf zu achten, dass die Bürotür bei Publikumsgesprächen geschlossen bleibt.

Ferner wird derzeit überlegt, einen von den Büros räumlich getrennten Wartebereich einzurichten, sodass sich das Publikum nicht mehr auf den Fluren vor den Büros aufhalten muss. Auch sind Überlegungen im Gange ggfs. eine Kundenaufrufanlage (siehe Kfz.-Zulassungsstelle) zu installieren.

Aus Sicht des Datenschutzbeauftragten sind die ergriffenen Sofort-Maßnahmen der Ausländerbehörde und des Bereiches AsylbLG zur Gewährleistung des Datenschutzes derzeit ausreichend. Die Umsetzung der vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen (Einrichtung eines Wartebereiches und Installation einer Kundenaufrufanlage) sollte darüber hinaus geprüft werden.

Frau Behrens-Schröter möchte darauf hinweisen, dass ihre Mitarbeit in diesem Ausschuss nach zwei Jahren als Vertreterin für die Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände endet .Für die nächste Sitzung wäre nunmehr Herr Laumert vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Wolfenbüttel zu laden.
Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer bedankt sich für die gute Mitarbeit.

TOP 6 Bericht zur Flüchtlingssituation im Landkreis Wolfenbüttel

Herr Lehmann legt den aktuellen Bericht zur Lage der Flüchtlinge mit Stand 31.10.2017 im Landkreis Wolfenbüttel anhand einer Power-Point-Präsentation dar. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.
Anmerkung: Die fehlerhaften Zahlen bei „Freier Wohnraum“ wurden korrigiert.

Frau Resch-Hoppstock erscheint um 16.18 Uhr zur Sitzung

Im Weiteren gibt es mehrere Nachfragen und Informationen:

- Der angegebene „Freie Wohnraum“ ist zum größten Teil nicht vorangemietet, so dass dem Landkreis nur geringe Vorhaltekosten entstehen. Die Zahl beruht auf Abfragen bei den WoBau und den Gemeinden.
- Die Altersangaben werden nicht überprüft. Es wird von den Angaben des BAMF bzw. von den Angaben, die in der Ausländerabteilung vorliegen, ausgegangen.
- Eine genaue Angabe, weshalb die Anerkennungsquote von Personen aus der Türkei so gering ist, kann nicht getätigt werden, da dies vom BAMF bei der Übermittlung der Daten nicht näher erläutert wird.

TOP 7 Ergänzende präventive Untersuchungsangebote in ausgewählten Kindergärten - Bericht des kinder- und jugendärztlichen Dienstes-

Frau Dr. Reller, Leiterin des jugend-, schul- und zahnärztlichen Dienstes, stellt anhand einer Präsentation die ergänzenden präventiven Untersuchungsangebote in ausgewählten Kindergärten vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Es gibt im weiteren Verlauf auf Grund von Nachfragen unter anderem folgende Informationen:

- Als besondere Schwierigkeiten werden Sprache, Motorik und Verhalten angesehen.
- Die Schuleingangsuntersuchung orientiert sich an den bevorstehenden schulischen Anforderungen und wird nach einem standardisierten Modell („SOPHIA“) durchgeführt.
- Aus 5 Kindergärten haben 47 Kinder im Alter von 4 Jahren an dem zusätzlichen Untersuchungsangebot teilgenommen.
- 20 % der Kinder, die durch die Schuleingangsuntersuchung erfasst sind, haben nicht an der kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchung U8 oder U9 teilgenommen. Die Vorsorgeuntersuchungen sind nicht standardisiert.
- Zur Ermittlung des „Verhaltens“ des Kindes wurde ein standardisierter Fragebogen an die Eltern ausgegeben.
- Bei festgestellten Defiziten/Auffälligkeiten wurden entsprechende Empfehlungen ausgesprochen. Hierzu gehörten zum Beispiel: Aufsuchen des Kinderarztes oder des Augenarztes, Einleitung von Frühfördermaßnahmen etc.
- Entsprechende Rückmeldebescheinigungen wurden ausgegeben und werden zurzeit noch ausgewertet.
- Erzieher und Erzieherinnen aus allen Kindergärten können sich neben diesem Angebot immer an den jugend-, schul- und zahnärztlichen Dienst wenden, wenn sie Auffälligkeiten bei ihren Kindergartenkindern feststellen.
- Das durchgeführte ergänzende präventive Untersuchungsangebot kann zurzeit nicht flächenendeckeng angeboten werden, da das Personal hierfür nicht vorhanden ist.

TOP 8 Integrations- und Teilhabekonzept im Landkreis Wolfenbüttel -wurde bereits übersandt- Vorlage: XVIII-0236/2017

Frau Pinkert, Koordination Migration und Teilhabe, stellt anhand einer Präsentation die Vorlage XVIII-0236/2017 vor. Die Präsentation ist als Anlage 4 beigefügt.

Frau KAbg. Wagner-Judith möchte gern Näheres zu den Angaben Wohnraum und medizinische Versorgung (Seite 22 und 23 des Konzeptes) wissen.

Frau Bender erläutert, dass der Landkreis einen kleinen Bestand an Wohnungen hat, die zurzeit leer stehen (Vorhaltewohnraum), darüber hinaus gibt es Neubauprojekte sowohl in Cremlingen und Sickte, so dass bei den derzeitigen Flüchtlingszahlen keine Not besteht.
Hinsichtlich der medizinischen Versorgung wird der Anspruch der besteht auch sichergestellt. Es ist hier ebenfalls bekannt, dass es schwierig ist Termine zur Traumabehandlung bzw. zur psychosozialen Behandlung zu bekommen. Eine Lösung dazu gibt es jedoch nicht.

Herr KAbg. Dr. Wolfrum hinterfragt, ob das Konzept auch Maßnahmen für weitere Personenkreise, wie Landzeitarbeitslose und Kinder und Jugendliche mit Harz IV-Leistungen etc. , beinhaltet oder nur für Neuzugewanderte.
Frau Pinkert betont, dass viele Maßnahmen integrative Maßnahmen sind und somit auch die entsprechenden Zielgruppen miteinschließen.

Frau KAbg. Münch regt im weiteren Verlauf an, als Ziele ganz klar messbare zu formulieren.

Frau Pinkert erläutert, dass dies mit vorliegender Datenbank auch erfolgen soll.

Frau Steinbrügge führt hierzu weiter aus, dass mit dem Aufbau und der Einführung der Datenbank auch gezielt Förder- und Bildungsketten etabliert werden sollen. Ferner können auf dieser Grundlage dann ebenfalls Effekte gezielt gemessen werden. (z.B. Wer schließt mit welchem Schulabschluss ab oder wer geht nach dem Schulabschluss in Ausbildung odwr ins Studium etc.) .

Frau KAbg. Resch-Hoppstock lobt das Konzept und betont, dass die Datenbank unerlässlich für die Fortschreibung des Konzeptes und die Messbarkeit ist.

Herr KAbg. Glier fragt, ob die in der Sitzungsvorlage aufgeführten 58.500,00 € schon im Haushaltsplan berücksichtigt wurden.

Frau Steinbrügge erklärt, dass die Mittel in der nunmehr vorliegenden Änderungsliste mit berücksichtigt sind.

Frau Dr. Reller verlässt um 17.15 Uhr die Sitzung.

Es erfolgt einstimmig bei 7 Enthaltungen nachstehende

Beschlussempfehlung:

1. Der Kreistag beschließt das als Anlage 1 beigefügte Integrations- und Teilhabekonzept im Landkreis Wolfenbüttel.

2. Die Umsetzung der in den Handlungsfeldern und Querschnittsthemen des Integrations- und Teilhabekonzeptes für das Jahr 2018 definierten Maßnahmen wird beschlossen (Anlage2).

Frau Steinbrügge, Frau Walter, Herr Lehmann und Frau Fricke verlassen um 17.20 Uhr die Sitzung.

TOP 9 Neuausrichtung der freiwilligen Förderung an die Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH. (wird nachgereicht) Vorlage: XVIII-0244/2017

Herr Kattenstroth erläutert die Vorlage XVIII-0244/2017.

Im weiteren Verlauf loben Ausschussmitglieder die gute Arbeit des Lukaswerkes und betonen, dass sich deren Aufgaben in den letzten Jahren gemehrt haben und befürworten grundsätzlich die einzustellenden Mittel.

Herr KAbg. Glier möchte in diesem Zusammenhang Folgendes ins Protokoll aufgenommen haben:
Eine Zustimmung seiner Fraktion zu den haushaltsrelevanten Punkten ist noch nicht möglich, obwohl grundsätzlich die Maßnahmen befürwortet werden, da in den Fraktionen die Haushaltsplanungen noch nicht stattgefunden haben. Nur aus diesem Grund wird sich seine Fraktion der Stimme enthalten.

Weitere Fraktionen schließen sich dem an.

Herr Kattenstroth erläutert kurz, dass er diesbzüglich nächstes Jahr nochmals auf die Ausschüsse und den Kreistag zurückkommn wird, da mit dieser Vorlage ja erstmal nur der finanzielle Rahmen geschaffen werden soll. Folgen wird aber noch eine entsprechende Vereinbarung über die dann noch abzustimmen ist.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration empfiehlt einstimmig bei 7 Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit der Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH wird für die allgemeine Suchtberatung und psychosoziale Betreuung eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, um eine Beratungsstelle zu unterhalten. Finanziert werden 2 Vollzeitkräfte (VK) (Beratung und Betreuung), 0,5 VK (Verwaltung) sowie anteilig Leistungs-, Sach- und Verwaltungsausgaben. Dafür werden Mittel bis zu 97.000 Euro zur Verfügung gestellt.
2. Die Lukas-Werke Gesundheitsdienste GmbH erhält einen Zuschuss in Höhe von 21.000 Euro, um weiterhin den Tagestreffpunkt „Cafe Clara“ aufrechterhalten zu können.

TOP 10 Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der freiwilligen Förderung an Träger der freien Wohlfahrtspflege und sonstige Institutionen Vorlage: XVIII-0230/2017/5

Frau Bender stellt die Vorlage XVIII-0230/2017/5 zur Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der freiwilligen Förderung an Träger der freien Wohlfahrtspflege und sonstige Institutionen vor.
Im Weiteren gibt es mehrere Nachfragen und Informationen:

- Das Bistum reduziert im Jahr 2018 seinen Zuschussbetrag für den Caritasverband, daher ist der bis jetzt geplante Ansatz im Haushalt 2018 nicht in korrekter Höhe ausgewiesen. Darüber hinaus liegt vom Verband ein Stundenerhöhungsantrag vor, der die Planung zusätzlich erhöhen würde. Dies liegt später zur Abstimmung vor.
- Refugium hat ebenfalls eine 30-Stunden-Stelle.
- Die einzelnen Organisationen werden nicht als Einzelposition im Haushalt aufgeführt, sondern nur die jeweiligen Produktkontensummen.

- Beträge sind im Haushalt aufzurunden.
- Eine Doppelstruktur wird nicht gesehen, da die Organisationen ihr Angebot aufeinander abstimmen.
- Inwieweit Mittel von den Organisationen aus dem SGB V abgerufen werden kann nicht gesagt werden. Es wird aber nochmals kommuniziert werden, dass dort ebenfalls Mittel zur Verfügung stehen.
- Die Organisationen erhalten in Form der Zuwendungsbescheide Rückmeldung zu ihren Anträgen.

Herr Försterling verlässt um 17.50 Uhr und Frau Behrens-Schröter um 18.00 Uhr die Sitzung.

Ohne weitere Ausspreche ergehen folgende Beschlussvorschläge:

Beschlussempfehlung zu 1:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration empfiehlt einstimmig bei 5 Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen folgenden Beschluss zu fassen:
Die Zuschussempfänger, die keine wesentliche Erhöhung für das Jahr 2018 geltend gemacht haben, erhalten die Zuschüsse, die sich aus der beigefügten Anlage (s. Spalte „geplanter Auszahlungsbetrag“) ergeben.

Beschlussempfehlung zu 2 (Alternative aus der Vorlage XVIII-0230/2017/5):

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration empfiehlt mehrheitlich mit 4 Ja-, 1 Neinstimmen und 6 Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen folgenden Beschluss zu fassen:
Der Zuschuss an die 5 Wohlfahrtsverbände (siehe Nr. 1 in der Anlage) wird in Höhe von 28.000 € je Verband gewährt.

Beschlussempfehlung zu 3:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration empfiehlt einstimmig bei 7 Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen folgenden Beschluss zu fassen:
Der DRK Kreisverband erhält einen Zuschuss in Höhe von 21.200 €, um die Aktivitäten auf dem Gebiet der Flüchtlingshilfe weiter fortzuführen.

Beschlussempfehlung zu 4 (Alternative aus der Vorlage XVIII-0230/2017/5):

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration empfiehlt mehrheitlich mit 4 Ja-, 1 Neinstimmen und 6 Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen folgenden Beschluss zu fassen:
Die Ausländersozialberatung der AWO erhält einen Zuschuss in Höhe von 30.000 €, damit die Stelle im Umfang von 30 Stunden wöchentlich besetzt und das Beratungsangebot entsprechend ausgeweitet werden kann.

Beschlussempfehlung zu 5 (Alternative aus der Vorlage XVIII-0230/2017/5)

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration lehnt mit 4 Ja-, 4 Neinstimmen und 6 Enthaltungen folgenden Beschluss ab:
Der Caritasverband für Stadt und Landkreis Wolfenbüttel e.V. erhält einen Zuschuss in der beantragten Höhe von bis zu 53.650 €, vorbehaltlicher vorrangig einzusetzender Mittel aufgrund der Richtlinie Migrationsberatung, damit die Stelle im Umfang von 40Stunden wöchentlich besetzt und das Beratungsangebot entsprechend ausgeweitet werden kann.

Beschlussempfehlung zu 5 :

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration empfiehlt einstimmig bei 3 Enthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen folgenden Beschluss zu fassen:
Der Caritasverband der Stadt und Landkreis Wolfenbüttel e.V. erhält einen Zuschuss, um weiterhin die Beratung in den Gemeinden Baddeckenstedt, Cremlingen und Oderwald wie bisher im Umfang von 30 Stunden wöchentlich durchführen zu können. Dafür wird ein Zuschuss in Höhe von maximal bis zu 40.525 € gewährt, vorbehaltlich vorrangig einzusetzenden Mittel aufgrund der Richtlinie Migrationsberatung.

Frau Pinkert und Frau Knaubert-Lang verlassen um 18.16 Uhr die Sitzung.

TOP 11 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr -wurde bereits übersandt- Vorlage: XVIII-0230/2017

Die Ausschussvorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt zur Aussprache auf.

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlage XVIII-0230/2017 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 11.1 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018 - Teilhaushalt Arbeit und Soziales (50) sowie Gesundheit (53) Vorlage: XVIII-0230/2017/3

Frau Bender führt anhand einer Power-Point-Präsentation in die Vorlage XVIII-0230/2017/3 Teilhaushalt Arbeit und Soziales (50) ein. Die Präsentation ist als Anlage 5 dem Protokoll beigefügt.

Frau Bender erläutert noch kurz, dass leider erst nach dem Druck der Vorlage ein Fehler in der Produktgruppe 313 „Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ korrigiert werden konnte. Bei der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2019 bis 2021 ist die Angabe bei den Kostenerstattungen in Höhe von 12,5 Mio. falsch. Es handelt sich dabei um die Abgeltungspauschale nach dem Aufnahmegesetz für die flüchtlingsbedingten Kosten. Eine Hochrechnung auf der Basis der Planung für 2018 kann nicht erfolgen, da sich die Zahl der Asylbeweberleistungsbezieher verringert. Daraus folgt, dass für die Jahre 2019 bis 2021 nur Einnahmen in Höhe von ca. 6,5 Mio. für 2019 bzw. 5,5 Mio. für 2020 prognostiziert werden können. Diese erhebliche Differenz beeinflusst das Gesamtergebnis des Haushaltes.

Herr Kattenstroth stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Vorlage XVIII-0230/2017/3 Teilhaushalt Gesundheit (53) vor. Die Präsentation ist als Anlage 6 dem Protokoll beigefügt.

Herr Kattenstroth erläutert, dass das Gesundheitsamt in Jahr 2017 als neue Aufgabe die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes dazubekommen hat. Hierüber liegen noch keine Zahlen vor. Das Land wird sich aber an den Kosten beteiligen.

Ohne weitere Aussprache erfolgt die

Kenntnisnahme:
Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration nimmt die ergänzenden Erläuterungen zum Teilhaushalt Arbeit und Soziales (50) sowie Gesundheit (53) für das Haushaltsjahr 2018 zur Kenntnis.

TOP 12 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Frau Bender informiert darüber, dass das Land im Jahr 2018 das bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe weiterhin mit einem Zuschuss von 13.000 € unterstützt.

Hinsichtlich des Fortgangs „Sozialticket“ findet am 21.12.2017 ein Treffen mit dem Regionalverband statt.

Das Heimatbuch wurde ausgeliefert.

TOP 13 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Ausschussvorsitzende schließt um 18.52 Uhr die Sitzung. Sie wünscht allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Elke Großer
(Vorsitzende)

Dr. von Nicolai
(stellvertretende Dezernentin III)

Tanja Heintzen
(Protokollführerin)

Anlagen:

Anlage 1	Anfrage KAbg. Berkhau
Anlage 2	Power-Point-Präsentation des Ordnungsamtes „Info Flüchtlingssituation“
Anlage 3	Power-Point-Präsentation „Ergänzende präventive Untersuchungsangebote in ausgewählten Kindergärten“
Anlage 4	Power-Point zur Vorlage XVIII-0236/2017 „Integrations- und Teilhabekonzept“
Anlage 5	Power-Point-Präsentation Teilhaushalt 50
Anlage 6	Power-Point-Präsentation Teilhaushalt 53